

Thüringen steht einerseits vor beträchtlichen demographischen und finanzpolitischen Herausforderungen. Andererseits haben rasante Fortschritte im Bereich der Informationstechnologien die Möglichkeiten der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben vollkommen verändert. Bürgerfreundliche Verwaltung ist heute trotz großer Entfernung vom Ort der tatsächlichen Leistungserbringung möglich.

Diese grundlegend veränderten Verhältnisse machen eine grundlegende Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen notwendig und möglich. Im Ergebnis einer solchen Reform müssen Strukturen entstehen, die mindestens für die kommenden 20 Jahre tragfähig sind.

Im Zentrum der grundlegenden Neuorganisation stehen die Überprüfung der staatlichen Verwaltung sowie deren Umbau. So werden die Voraussetzungen für eine sinnvolle Umgestaltung der kommunalen Strukturen geschaffen, die künftig stärker an einer kraftvollen kommunalen Selbstverwaltung, an den Bedürfnissen der Bürger sowie an einer effizient arbeitenden Verwaltung ausgerichtet sein müssen.

Alle vier Bereiche der Neuorganisation, die Überprüfung der staatlichen Verwaltung, der Umbau der staatlichen Verwaltung, die Kreisreform und die Gemeindereform stehen in einem direkten Zusammenhang. Ihre gleichzeitige Umsetzung wird angestrebt.

Vergleicht man die Verhältnisse Thüringens mit denen der anderen Länder, wird deutlich, dass sie nur mit denen der ostdeutschen Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern vergleichbar sind. Weil diese Länder bei der Neuorganisation ihrer Verwaltungen deutlich weiter vorangekommen sind, kann Thüringen sich an deren Strategien und Maßnahmen orientieren.

## Leitlinien für die einzelnen Bestandteile der Verwaltungs- und Gebietsreform

### 1. Überprüfung der staatlichen Verwaltung

Im Rahmen einer weit gefassten Funktionalreform werden die vorhandenen Verwaltungsaufgaben und Verwaltungsstrukturen auf den Prüfstand gestellt. In sie eingeschlossen ist auch die Kritik der bestehenden Verwaltungsaufgaben hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Im Ergebnis der Überprüfung werden die bestehenden Aufgaben besser auf die vorhandene Verwaltungsträger und -ebenen verteilt. Vor allem wird die Frage danach beantwortet, welche Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragbar sind.

### 2. Umbau der staatlichen Verwaltung

Die staatliche Verwaltung soll leistungsfähig und finanzierbar bleiben. Sie wird prinzipiell zweistufig gestaltet. Voraussetzung für die Streichung einer staatlichen Verwaltungsebene ist die umfassende Aufgabenkommunalisierung. Dabei wird das Konnexitätsprinzip strikt befolgt. Mit den Aufgaben wird auch das an sie gebundene Finanzvolumen auf die Kommunen übertragen. Nach Möglichkeit werden vormals staatliche Aufgaben in den eigenen Wirkungskreis der Kommunen überführt.

Auf Landesebene werden nur solche Aufgaben belassen, die dort aus rechtlichen Gründen oder aus Gründen der Effizienz, der notwendigen politischen Steuerung beziehungsweise der Zweckmäßigkeit wahrgenommen werden müssen. Das Landesverwaltungsamt wird aufgelöst. Statt seiner wird eine kleinere und effizient arbeitende Bündelungsbehörde geschaffen.

Der Umbau der staatlichen Verwaltung führt nicht zur Einschränkung der Versorgung der Bürgerinnen und Bürgern mit den für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Gütern und Leistungen. Im Zuge des Umbaus der staatlichen Verwaltung wird kein Beschäftigter schlechter gestellt. Betriebsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen.

### 3. Kreisreform

Genauso wie die staatliche Verwaltung müssen auch die Kommunen in ihrem Verwaltungshandeln auf die grundlegend veränderten Verhältnisse reagieren. Auch die Verlagerung staatlicher Aufgaben verlangt deutlich leistungsfähigere kommunale Einheiten. Sie sind die Voraussetzung für eine kraftvolle kommunale Selbstverwaltung, für die Auflösung staatlicher Behörden, für notwendigen Personalabbau und Kosteneinsparungen. Leistungsfähige Kreise entsprechen den ökonomischen Anforderungen unserer Zeit. Sie verbessern die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Regionen und sie sind die Grundlage für eine wirksame und zielgerichtete Steuerung der Landesentwicklung.

Bei der Neustrukturierung werden neben Effizienzbelangen vor allem die zunehmenden regionalen Verflechtungen, Stadt-Umland-Konflikte und die von den Bürgern gewünschte Überschaubarkeit ihres Kreises berücksichtigt.

Es werden Kreise gebildet, die dauerhaft über mehr als 200.000 Einwohner verfügen, für deren Flächengrößen aber die Obergrenze von 3.000 Quadratkilometern besteht. Dabei wird dem Grundsatz der Einräumigkeit der Verwaltung Rechnung getragen. Angesichts des erheblichen Bevölkerungsrückgangs in den kommenden Jahrzehnten beträgt die Mindestgröße der neu zu bildenden Landkreise 250.000 Einwohner. Die vergleichsweise kleinen kreisfreien Städte werden in die neuen Landkreise integriert.

Im Ergebnis treten die kommunalen Entscheidungsträger und die Verwaltungen den Bürgern und der Wirtschaft leistungsfähiger gegenüber. Gleichzeitig bewahrt die überörtliche kommunale Verwaltungsebene ihren Charakter als Landkreis.

### 4. Gemeindereform

Die weitere Erosion der kommunalen Selbstverwaltung wird verhindert. Die Spielräume, innerhalb derer die politischen Gremien entscheiden können, werden erweitert. Die Voraussetzungen für eigenverantwortliches Gestalten, für die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben und für Investitionen werden verbessert. Die Gemeindestruktur wird den finanziellen Möglichkeiten insgesamt besser angepasst.

Die gemeindliche Zusammenarbeit in Verwaltungsgemeinschaften beziehungsweise mit Hilfe von erfüllenden Gemeinden hat sich überwiegend nicht bewährt. Statt ihrer entstehen zunehmend Einheitsgemeinden. Dabei finden Kriterien wie Effizienz und Qualität des Verwaltungshandelns sowie die Dynamik der demographischen Entwicklung Berücksichtigung. Bedeutung hat auch der Erhalt der durch die Gemeinden geschaffenen Identität. Nicht zuletzt von ihr hängt die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ab, ehrenamtlich tätig zu sein. Beachtung findet zudem, dass Thüringen im Wesentlichen ländlich geprägt ist und eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte aufweist.

Unter Berücksichtigung all dieser Kriterien entstehen Einheitsgemeinden, die dauerhaft über 5.000 Einwohner verfügen. Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung müssen die neu zu bildenden Einheitsgemeinden über mindestens 6.000 Einwohner verfügen. Bei ihrer Bildung wird die notwendige Stärkung der zentralen Orte besonders berücksichtigt. Das heißt; Die künftige Struktur wird vor allem aus der Perspektive derjenigen Städte und Gemeinden entwickelt, die wichtige Versorgungs- und Entwicklungsfunktionen für ihr Umland wahrnehmen. Gemeinden, die an solche Orte angrenzen, werden in diese integriert.